

Einmal wöchentl. Bezugspreis: 100 Mai 2 R.-M. ausschließl. Postgebühren. Berechnung der Anzeigen nach Rent.-Kart. Preise: Die eingepaltene Zeitungs-20 J. Familien- u. Vereinsanzeigen, Gebühre 15 J. Die wöchentl. Kellnerzeitung 50 mm breit, 1. A. Offertengebühr für Selbstabholer 15 J. Die Lieferung durch die Post außerdem Vorkaufschlag. Preis für die Einzelnummer 10 Renten-Pfennig. Verantwortlicher: Josef Hofmann, Dresden

Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung von Anzeigen-Kontingenzen und Bestimmung von Schabernack. Für unbesichtigte und durch Fernsprecher übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte und mit Rückporto nicht verbriefte Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 6 bis 8 Uhr nachmittags. Hauptverleger: Dr. Josef Albert, Dresden

Verantwortliche der Sächsischen Volkszeitung und Druck und Verlag: Europa-Verlagsgesellschaft, Dresden-K. 10, Reichenstraße 46, Arents 3272, Vol.-No. 14777 • Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben • Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-K. 10, Reichenstraße 46, Arents 3272, Vol.-No. 14777

Das Fiasko der Partei-Gründer

Lehren aus dem Kampf

Zwischen acht Parteien hat sich der Wahlkampf vollzogen. Wenn auch auf der Reichstagsliste nicht weniger als 23 Parteien erschienen und wenn sich unter Hinzuzählung der kleinen Gruppen und Gruppchen im Lande tatsächlich das Vorhandensein von — sage und schreibe — 75 — in Worten fünfundsiebzig — Parteien ergeben hat, so konnten als ernsthafte Bewerber tatsächlich nur die bisherigen großen Parteien des Reichstages in Frage kommen und zwar die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Demokraten, die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Bayerische Volkspartei, zu denen als neuer beachtlicher politischer Faktor die Wölkischen traten. Alle anderen Parteien haben eine resloße Niederlage erlitten. Man könnte ihnen das gönnen, wenn man nicht lebhaftes Bedauern empfinden müßte mit dem Verlust so vieler und zweifellos sehr wertvoller Stimmen, die solchen Gruppen zugesöhnt wurden und die fast durchweg den bürgerlichen Parteien verloren gingen.

Das grauenvollste Partei-Elend in Deutschland, die unausrottbarste Sucht zu Parteibildungen, wo immer sich Unzufriedenheit zusammenfindet, ist durch dieses Wahlergebnis gründlich gebrandmarkt. Nicht mehr Parteien tun uns not, sondern weniger! Innerhalb der bestehenden Parteien müssen die Interessen-Vertretungen oder diejenigen, die glauben, ihre Rechte besonders anmelben und verteidigen zu müssen, ihre Wirksamkeit suchen und sie müßten alles daran setzen, um durch möglichst starke Vertretung innerhalb solcher Parteien auf die Verwirklichung ihrer Wünsche und Forderungen hinzuwirken.

Spricht schon diese entfehlliche parteiliche Zersplitterung, die uns schon zum Gespött des Auslandes macht, für die politische Reivität der Deutschen, die selbst durch die gewaltige Erschütterung des Weltkrieges und seine Folgen nichts gelernt zu haben scheinen, so fast noch mehr der Umstand, unter welchen kleinsten Interessen sich dieser Wahlkampf vollzog. Da muß man doch die allergrößte Hochachtung haben vor dem besetzten Gebiet, wo dieser Wahlkampf wirklich unter überragend hochpolitischen Gesichtspunkten, unter denen der Befreiung deutschen Landes und deutscher Volksgenossen von gegnerischem Druck geführt wurde.

In sonstigen Teilen des deutschen Landes hat man sich vielfach von engherzigen Gesichtspunkten, von Rückwirkungen bestimmter Veräpgerungen, von Auswirkungen einer Unzufriedenheit, die ja notwendigerweise durch die scharfen Eingriffe in unsere ganze Wirtschaft zur Rettung der Währung aufkommen mußte, leiten lassen, und der „Erfolg“ ist, daß tausend und abertausende, ja hundertaufende von Wählern sich im Effekt von der politischen Mitbestimmung der Geschichte des deutschen Volkes und Landes für die nächste Wahlperiode ausgeschaltet haben.

Ob man nicht endlich einsteht, wie zwecklos, ja wie töricht, und mehr, wie verderblich im Hinblick auf das Wohl der Gesamtheit ein derartiges ganz und gar unpolitisches Vorgehen ist?

Das Fiasko der Partei-Gründer und der Parteigründungen ist ein warnendes Signal. Müßten doch diejenigen, die in unbegreiflicher Einschüchternheit durch ihr jetziges eigenbräuterisches Verhalten nicht nur dem Lande, sondern ihren eigenen Volksgenossen so schweren Schaden zugefügt haben, erkennen, was die Stunde gebietet: Euergeischen Zusammenkunft aller positiven Kräfte zu gemeinsamer Arbeit und damit zu größtmöglichem Erfolg!

Die aus den Reichstagswahlen sich ergebende künftige politische und parlamentarische Situation läßt sich in diesem Augenblick noch nicht vollständig übersehen. Fest steht allerdings, daß die bürgerliche Mitte durch die überraschende Einbuße der Deutschen Volkspartei, die förmlich einer Niederlage gleichkommt, sehr erheblich beeinträchtigt ist. Zum mindesten ist die Basis der bisherigen Regierung Marx-Stresfemann ganz bedeutend eingesenkt. Die Abspaltung der national-liberalen Vereinigung von der Deutschen Volkspartei hat sich empfindlich für den Stand der gesamten Parteien ausgewirkt. Zwar hat die national-liberale Vereinigung keinen nennenswerten Erfolg zu verzeichnen. Die von der Deutschen Volkspartei abgespalteten Stimmen sind fast restlos den Deutschnationalen zugute gekommen. Diese sind daher nächst den Kommunisten die Sieger des Wahlkampfes. Die Kommunisten haben fast sämtliche der sozialdemokratischen Stimmen gegen die letzte Reichstagswahl verlorenen Stimmen gewonnen. Doch dürften sie ebenso wie die Wölkischen sich in ihren Erwartungen getäuscht sehen. Den schwersten Verlust haben die Sozialdemokraten in Oberschlesien erlitten, während diese allerdings in einigen anderen, namentlich westlichen Gebieten einen kleinen Stimmenzuwachs zu verzeichnen haben. Fest und unberührt blieb das Zentrum. Sehr interessant ist die Feststellung, daß die Rechtsradikalen in jenen Gebieten, in denen sie in letzter Zeit an verantwortlicher Stelle arbeiten mußten, teilweise ganz empfindliche Verluste davontrugen. Ebenso bemerkenswert ist, daß die Wölkischen in Bayern nur etwa knapp dreiviertel der von den vier Wochen vollzogenen bayerischen Landtagswahlen erzielten Stimmen zu verzeichnen haben.

Noch alledem ist ein Urteil über die kommende parteipolitische Situation im Reichstag noch nicht möglich. Aber das Er-

Das Zentrum nach der Wahlschlacht

Der ruhende Pol

Wieder einmal hat sich das Zentrum als der „ruhende Pol“ in der Erscheinungen „flucht“ bewährt. Dieser Erfolg, den wir ohne alle vorläufige Freude festzustellen vermögen, ist der Zentrumspartei beschieden gewesen, obwohl gerade sie im Kampfstimmungs- ja, man denke nur an die besetzten Gebiete! — im vorbersten Schwingen stand. Wie ist das Zentrum als der feste Kern der bisherigen Regierungsmehrheit das Ziel der allerheftigsten Angriffe, ja selbst von Verbündigungen und sogar Verteufelungen gewesen. Und nun ist dieses selbe Zentrum, während rings herum förmliche Auflösungsstimmung zu beobachten war, der alte feste und solide Turm geblieben, als der er sich seit fast sechs Jahrzehnten immer wieder erweisen hat.

Dieses Ergebnis muß uns deswillen mit besonderem Nachdruck feststellen werden, weil noch jedesmal seit den unter dem parlamentarischen System herrschenden Wahlen die Regierungsparteien die hauptsächlichsten Kräfte des Wahlkampfes zu tragen haben. Aber das Zentrum steht auch heute gefestigt da, obwohl in seiner Hand die Führung der Geschäfte, das Reichsfinanzamt selber, und damit die Hauptverantwortung für die Politik lag. Wenn trotzdem das Zentrum unangefochten aus dem Ringen hervorgehen kann, so bedeuten diese Tatsachen einen glänzenden nicht überbietbaren Vertrauensbeweis, eine Kundgebung der Zustimmung für seine bisherige Haltung und Tätigkeit, wie sie machtvoller und eindringlicher garricht gedacht werden kann.

So wird das Zentrum auch im neuen Reichstag den Kern der positiven Schaffungsgemeinschaft bilden müssen, wenn man sich die Bewahrung rechts und links ansieht, wenn man sich das Bild der geradezu grauenvollen Zersplitterung im bürgerlichen Lager in der Unzahl von Parteien vergegenwärtigt, die noch nicht einmal einen einzigen Kandidaten durchgebracht haben, damit wird man erkennen, wie sich letzten Endes wieder alles an dem einzig festen Pol klammert. Im den Zentrumspunkt wird man sich zu kristallisieren und zu ordnen suchen. Und man wird das tun müssen, wenn man den Weg zu einer gesunden, ruhigen und friedlichen Entwicklung nach innen und außen freimachen will.

Als ein Element der Ruhe und Ordnung wird das Zentrum gerade im neuen Reichstag eine solche Mission zu erfüllen haben. Es wird sich sehr bald die Unentbehrlichkeit der Zentrumspartei auch im neuen Reichstag erweisen und es wird sich dann herausstellen, welches Glück für die deutsche Nation und für das ganze deutsche Volk es bedeutet, daß wie unmittelbar der künftigen Vertretung über einen Faktor verfügen, der geeignet ist, einen notwendigen Ausgleich der Gegensätze herbeizuführen zu dem einen großen Ziel: Der Rettung unseres Volkes und unseres Vaterlandes.

Wenn in Betracht gezogen wird, daß die Zentrumspartei in Sachen gerade in den letzten Jahren unter den schwierigsten Verhältnissen sich durchzusetzen hatte, und daß erst hart vor den Wahlen eine einigermaßen geordnete Wahlbewegung einsetzen konnte, so muß dennoch der Erfolg auch bei uns als durchaus gut bezeichnet werden. Der sächsische Spitzenkandidat des Zentrums Dr. Fügler hat seine Erfahrungen, seine rednerischen und organisatorischen Fähigkeiten in kürzester Zeit aufopfernd der Partei zur Verfügung gestellt. Die Möglichkeit, daß er auf der Reichstagsliste ein Mandat erhalten wird, ist nicht ausgeschlossen. Natürlich hat es auch in diesem Wahlkampf in viel größerem Maße als früher Wählermassen gegeben, die Phantastiegebilden nachtraunten und sich durch guttunende Wörter, wie christlich-sozial und national-irreführend ließen. Die durchsichtige Erkenntnis muß ihnen kommen, wenn sie jetzt erfahren, daß all ihre Stimmen für nichts und wieder nichts abgegeben wurden, daß sie keinen einzigen Kandidaten im ganzen Deutschen Reich haben durchbringen können. Wenn sie das Zentrumprogramm genau studiert hätten, würden sie sich nicht zu diesem Stimmenschieberhandeln haben. Christlich, national, sozial und demokratisch sind ja die ersten Grundwörter der Zentrumspartei. Die Verantwortung für diese Stimmensplitterung, für diese nutzlose Arbeit tragen naturgemäß die Führer dieser kleinen Oppositionsgruppen. Die Wähler aber sind die Verlegenen.

Es wäre gut, wenn in Zukunft die Zentrumspartei mit noch viel größerem Nachdruck für Klärung sorgte, damit diese jetzt abseits Stehenden nicht wieder durch „Wörter“ in Konfusion geraten.

Das Ausland zu den Wahlen

London, 6. Mai. Die heutige Morgenpresse, die eingehend zu den deutschen Wahlen Stellung nimmt, interessiert besonders die Frage, welche Rückwirkung das Ergebnis auf die Annahme des Sachverständigenberichts durch Deutschland haben werde. Während „Daily Mail“ auf Grund eines Telegramms ihres Berliner Berichterstatters das Wahlergebnis als eine Ohrfeige für die Allierten bezeichnet, verkündet Daily Express im Sprechdruck: Deutschland stimmt für die Reparationen. „Westminster Gazette“ bezeichnet die Deutschnationalen als den entscheidenden Faktor in der künftigen Politik Deutschlands. Wenn sie bei der Haltung verharren, die sie während der Wahlen angenommen

haben, so sei jede Aussicht auf eine Regelung aufzugeben. Die deutschnationale Partei könne die Lage retten, wenn sie wolle und es sei zu hoffen, daß sie in einer Lage, die voll wirklicher Gefahren sei, Staatskunst an den Tag legen werde. — „Daily Chronicle“ schreibt: Die Antwort auf die wichtige Frage, ob Deutschland für die Annahme des Dawesberichts eintreten werde, bleibe für den Augenblick zweifelhaft. Es sei keineswegs sicher, daß die Rechte ihn ablehnen werde. Aber wenn von ihrer Seite nicht bald eine Stellungnahme in dieser Richtung erfolge, so werde wahrscheinlich eine ausgesprochen ungünstige Wirkung auf die Abstimmung bei den nächsten Sonntag stattfindenden französischen Wahlen ausgeübt werden.

halten, so sei jede Aussicht auf eine Regelung aufzugeben. Die deutschnationale Partei könne die Lage retten, wenn sie wolle und es sei zu hoffen, daß sie in einer Lage, die voll wirklicher Gefahren sei, Staatskunst an den Tag legen werde. — „Daily Chronicle“ schreibt: Die Antwort auf die wichtige Frage, ob Deutschland für die Annahme des Dawesberichts eintreten werde, bleibe für den Augenblick zweifelhaft. Es sei keineswegs sicher, daß die Rechte ihn ablehnen werde. Aber wenn von ihrer Seite nicht bald eine Stellungnahme in dieser Richtung erfolge, so werde wahrscheinlich eine ausgesprochen ungünstige Wirkung auf die Abstimmung bei den nächsten Sonntag stattfindenden französischen Wahlen ausgeübt werden.

Genève, 6. Mai. Die Genöwer Presse äußert sich bereits in Zeitartikeln mit großen Überschriften zu dem Ausfall der deutschen Reichstagswahlen. Sie ist allgemein befriedigt in der Meinung, daß die Annahme des Expertenplanes wohl gesichert sei. Nach Depeschchen, die aus Washington eingetroffen sind, hat man auch dort einen guten Eindruck von dem Verlauf und Ergebnis der Wahlen in Deutschland gewonnen, weil die Rechtsparteien nicht die erwarteten großen Gewinne erzielt hätten.

Paris, 6. Mai. Das endgültige Ergebnis von den deutschen Wahlen liegt noch nicht vor, daher sind die Kommentare noch sehr unvollkommen. Im allgemeinen betont die Abendpresse, der Sieg der Nationalisten sei ausgeblieben und nur eine Verstärkung der Rechtsgruppen eingetreten. Einen starken Unterton liefert sich die royalistische Action Francaise in einer Behauptung, die deutschen Wahlergebnisse seien höchstwahrscheinlich gefälscht und der Sieg der Nationalisten vermutlich berechtigt, daß sich Deutschland veranlaßt sieht, die Ergebnisse Frankreich gegenüber zu verheimlichen, um dadurch keinen ungünstigen Einfluß auf die bevorstehenden französischen Wahlen auszuüben.

Basel, 6. Mai. Ueber die deutschen Wahlen liegen in der Schweiz noch sehr wenig Kommentare vor. Die Berliner Korrespondenten äußern sich zwar sichtlich über die kommende deutsche Wahlenpolitik. Die starke Zunahme der Kommunisten erregt in der Schweiz, wo man eine ganz besondere Scheu vor dieser extremen Linien hat, Besorgnisse. Man befürchtet von dieser Zunahme auch einen Zuwachs der Schweizer Kommunisten.

Zentrumsstimmen bei den Wahlen 1924 und 1920

Wahlkreis	1924	1920
1 Ostpreußen	85 075	91 439
2 Berlin	44 161	36 547
3 Potsdam II	28 920	23 858
4 Potsdam I	18 484	15 653
5 Frankfurt a. O.	50 710	41 561
6 Pommern	7 587	6 294
7 Breslau	167 503	177 140
8 Posen	52 093	51 779
9 Oppeln	198 980	201 096
10 Magdeburg	15 829	12 983
11 Merseburg	8 776	6 534
12 Thüringen	38 405	48 470
13 Schleswig-Holstein	7 457	5 572
14 Weier-Oms	120 763	133 802
15 Hannover-Dit	5 441	5 298
16 Hannover-Süd	47 205	49 750
17 Westfalen-Nord	379 066	397 869
18 Westfalen-Süd	320 629	327 237
19 Hessen-Nassau	178 000	192 808
20 Köln-Nassau	447 694	443 252
21 Koblenz-Trier	332 659	296 912
22 Düsseldorf-Dit	216 716	139 070
23 Düsseldorf-West	293 675	301 207
24 Oberbayern-Schwaben	10 087	—
25 Niederbayern	9 331	—
26 Franken	16 330	—
27 Pfalz	38 172	—
28 Dresden-Vanger	11 794	14 583
29 Leipzig	3 320	2 584
30 Chemnitz-Zwickau	3 670	2 396
31 Württemberg	265 484	269 477
32 Baden	325 886	344 023
33 Hessen-Darmstadt	93 707	95 548
34 Hamburg	9 609	5 797
35 Mecklenburg-Schwerin	2 632	1 591
	3 836 750	3 744 830

Hotel Fürstenhof • Leipzig
Alle Zimmer mit Kalt- und Warmwasser
so bader Preise mäßig Konferenzsäle